



UPDATE ÖSTERREICH

DAS MAGAZIN DER JUNGEN ÖVP

ZUKUNFTSREICH

3. Ausgabe – Juli 2023

INHALT

- 02 Vorwort
- 03 Unsere Erfolge
- 05 Aus dem JVP-Büro
- 07 Schule & Innovation
- 08 Sicherheit & Integration
- 09 Hallo aus dem Parlament
- 13 Innovation & Digitalisierung
- 15 Gastkommentar oecolution
- 16 Podcast-Empfehlungen
- 17 Europa & Internationales
- 19 Anpacken statt Anpicken
- 21 Umwelt & Mobilität
- 23 Gastkommentar Christian Stocker
- 24 zukunftsreich.
- 25 Generalsekretär Dominik Berger
- 26 Impressum

Seit der letzte Leitantrag der Jungen ÖVP im Jahr 2021 beschlossen wurde, hat sich einiges bei uns getan. Wir blicken zurück auf Jahre voller Tatendrang, voller Zusammenhalt und großartiger Leistungen. Politisch konnten wir viel bewegen, was auch der Blick in unseren Leitantrag zeigt. Im "Update Österreich" ziehen wir Bilanz über unsere politischen Erfolge.

So bekommen Zivildienstler seit 1. Jänner 47 Prozent mehr Grundvergütung. Mit diesem zusätzlichen Geld lässt sich auf neun Monate gerechnet die erste eigene WG einrichten oder der Führerschein finanzieren. Grundwehr- und Zivildienst sind unersetzbar für unser Miteinander, die Erhöhung ist eine Anerkennung dieses wertvollen Beitrags. Außerdem freut es mich, dass Zivildienstler zukünftig eine Grundausbildung Pflege absolvieren und sich dann auf Pflegeausbildungen anrechnen lassen können.

Neben erreichten Meilensteinen zeigten wir als Junge ÖVP auch unseren Tatendrang. Bei der Aktion „Geben statt Kleben“ gingen wir auf die Straße und verteilten Frühstückskipfel, um den verärgerten Autofahrern im Stau den Start in den Tag ein wenig zu versüßen. Das Thema Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Jedoch sind die Klimaklebe-Aktionen die falsche Methode. Unsere Antwort lautet "Anpacken statt Anpicken", unsere Initiative für sinnvollen Klimaschutz.

Weiters durfte ich in meiner bisherigen Arbeit als

Jugendstaatssekretärin auch einen Einblick in viele spannende Jugendprojekte und inspirierende Organisationen bekommen. Von internationaler Ebene in der Europäischen Jugendhauptstadt Lublin in Polen bis hin zu Besuchen bei ehrenamtlichen Vereinen in ganz Österreich bei den Sommertouren 2022 und 2023: Überall ist zu sehen, dass sich Jugendliche für ihre Anliegen stark machen und Großartiges leisten. In diesem Sinne freue ich mich auf die diesjährigen Stopps, bei denen ich weitere Facetten der österreichischen Jugendarbeit kennenlernen werde.

Dieses Jahr hat mir wieder einmal gezeigt: Wenn viele Hände anpacken, können junge Menschen einiges verändern und umsetzen. Daher euch allen ein großes Danke für euer unermüdliches Engagement. Ihr habt die Zukunft fest im Griff und nutzt eure Stimme für neue Wege und Veränderungen.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen!

Claudia

Claudia Plakolm
Staatssekretärin für Jugend & Zivildienst
Bundesobfrau der Jungen ÖVP



Bleib am Laufenden!

Ich freue mich, wenn ich dir regelmäßig ein persönliches Update über meine Arbeit schicken darf - einfach hier dafür eintragen & beim nächsten Mal landet es auch in deinem Postfach!

LEITANTRAG 21-24: UNSERE ERFOLGE

- ✓ KINDERGARTENMILLIARDE
- ✓ SCHULFACH DIGITALE GRUNDKOMPETENZ
- ✓ FINANZBILDUNG IN DER AUSBILDUNG
- ✓ NEUE LEHRBERUFE: DIE PFLEGELEHRE
- ✓ GESUND AUS DER KRISE: MEHR PSYCHOLOGISCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR KINDER & JUGENDLICHE
- ✓ BOOSTER FÜR LADE-INFRASTRUKTUR
- ✓ AUSBAU DES DIGITALEN AMTES
- ✓ JUGENDSCHUTZ IM INTERNET
- ✓ BREITER ROLLOUT DER E-ID
- ✓ RÜCKFÜHRUNGSABKOMMEN
- ✓ BLACKOUT-STRATEGIE
- ✓ JUGENDAUSTAUSCH-ABKOMMEN ISRAEL

PROJEKT "SCHULKLASSEN NACH BRÜSSEL" ✓

CO-WORKING-HUBS IN GEMEINDEN ✓

DECKELUNG DER EU-FÖRDERMITTEL
BEI LANDWIRTSCHAFTLICHEN
GROSSBETRIEBEN ✓

ARBEIT WEITER ENTLASTEN: ✓
ABSCHAFFUNG DER KALTEN PROGRESSION
& SENKUNG DER EINKOMMENSSTEUER

HERKUNFTSKENNZEICHNUNG ✓
BEI LEBENSMITTELN

EINRICHTUNG EINER ✓
SERVICESTELLE EHRENAMT



AUS DEM JVP-BÜRO



AKTIONISMUS

Der jungen Generation unterstellt man oftmals, dass sie rebellisch, frech oder leichtsinnig sei. Rebellisch vorzugehen ist nicht immer der beste Weg, um sein Ziel zu erreichen, aber manchmal bedarf es den Mut, auf die Straße zu gehen, um seine Stimme zu nutzen und seine Botschaften zu verbreiten. Wir als junge ÖVP haben bei unseren letzten Aktionen nicht nur unsere Standpunkte gezeigt, sondern auch unsere Umsetzungen den Leuten auf der Straße nähergebracht.

An einem frühen Montagmorgen im Februar versammelten sich um 6:00 Uhr einige eifrige Helferinnen und Helfer und verpackten frische Frühstückkipfel in Sackerl. Etwas später schwirrten die JVP-Frühaufsteher über den Schwarzenbergplatz und verteilten das Frühstück an die im Stau stehenden Autos. Mit der Aktion #gebenstattkleben setzten wir ein Zeichen, dass die Klebeaktionen der Klimaaktivisten die falsche Methode sind, um auf den Klimaschutz aufmerksam zu machen. Vielmehr verärgern sie Verkehrsteilnehmer und behindern Einsatzkräfte. Unser Zugang seitens der JVP ist, dass wir Innovation und nachhaltige Projekte fördern und klimaneutrale Forschung unterstützen.

Wir haben uns rund um das Schottentor platziert und mittels Flugblätter auf bisherige Realisationen wie die gratis HPV-Impfung bis zum 21. Lebensjahr und die Erhöhung des Grundentgelts für Zivil- und Grundwehrdiener um 47 Prozent aufmerksam gemacht. Hiermit haben wir nicht nur mit der Aktion, sondern auch mit umgesetzten Beispielen, statt Worten Taten sprechen lassen.

Vielleicht sind wir Jungen ab und zu auch mal rebellisch, aber wenn es um die Interessen und Anliegen junger Menschen geht, benötigt es die Initiative und den Aktionismus, um Veränderungen zu bewirken oder auch bisherige Meilensteine aufzuzeigen.

PROJEKT #DRAUFGSCHAUT

Viele Menschen achten in der Fastenzeit auf ihre Ernährung, verzichten bewusst auf gewisse Lebensmittel oder ändern ihre Essgewohnheiten. Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm & Bauernbund Obmann NAbg. Georg Strasser haben sich dieses Jahr in der Fastenzeit vorgenommen, beim Essen bewusst darauf zu schauen, wo es herkommt und auf heimische Produkte zu setzen. In den 40 Tagen vor Ostern holten die beiden unter dem Hashtag #draufgschaut regionale Lebensmittel und jene, die sie produzieren und vermarkten, vor den Vorhang.

Neben dem Besuch von landwirtschaftlichen Betrieben, wie unter anderem den Prentlhof in Favoriten beantworteten die beiden wöchentlich in einem Q&A Fragen über die österreichische Landwirtschaft. Fragen wie "Ist die österreichische Landwirtschaft umweltfreundlich?" oder "Was macht Österreich gegen Tiertransporte?" wurden in Kurzvideos in den sozialen Medien besprochen. Auch jeder der Lust und Laune hatte, konnte unter dem Hashtag #draufgschaut seinen regionalen Einkauf oder sein regionales Gericht teilen. Ziel der Fastenaktion war es, nicht alles perfekt und vorbildlich zu meistern, sondern sich mal bewusst für regionale Produkte zu entscheiden.



MERCH-SHOP

In den letzten Monaten hat unser Büro mit unserer Partnerfirma einen JVP-Online-Shop entworfen.

Unser Ziel war es, vor allem den JVP-Ortsgruppen eine breite Auswahl an Produkten, die individuell gestaltet werden können, anzubieten. Unter anderem haben wir verschiedene Motive für Westen, T-Shirts sowie für Pullover gestaltet. Auch Goodies wie Kaffeetassen, Stifte, Notizbücher, Flip-Flops und Duftbäume gibt es in dem Webshop zu kaufen.

Besonders für unsere JVP-Ortsgruppen waren wir bemüht, die Gestaltung von Merchandise Artikeln zu ermöglichen. Durch Hochladen ihres jeweiligen Logos können ab nun auf die Gruppen zugeschnittene Merchandise-Artikel erstellt und erworben werden.

Der Merch-Shop ist ab sofort online. Wir freuen uns auf eure Bestellung!

SCHULE & UNIVERSITÄT

Gerade an den Orten, wo wir als junge Menschen besonders viel Zeit verbringen, ist vieles weitergegangen. Wir haben uns aber auch vieles vorgenommen.

KINDERGARTENMILLIARDE

Die Kindergartenmilliarde hat dazu beigetragen, dass im Bereich der Elementarpädagogik mehr Geld zur Verfügung steht. Damit werden die frühe Sprachförderung und der Ausbau des Angebots vorangetrieben.

DIGITALE GRUNDBILDUNG

Auch die Schule hat in der aktuellen Legislaturperiode profitiert. Das neue Fach „Digitale Grundbildung“ soll die Schüler auf die Herausforderungen der digitalen Welt vorbereiten. Die Jugendlichen lernen dabei die Funktionsweise der neuen Technologien, die gesellschaftlichen Wechselwirkungen und die Möglichkeiten, die uns durch die digitale Revolution geboten werden. Dadurch wird die Schule zukunftsfitter und der Lehrplan an die Bedürfnisse unserer modernen Gesellschaft angepasst.

FINANZBILDUNG

Auch der verstärkte Fokus auf die Finanzbildung in der Ausbildung ist eine Errungenschaft, die es in sich hat. Viele waren nach der Matura in der Lage, ein Gedicht aus dem 17. Jahrhundert bis ins kleinste Detail zu analysieren, aber der Steuerausgleich war kein bekanntes Stilmittel für die Expansion des Kontos. Mittlerweile werden im Klassenraum neben Goethe und Schiller auch Versicherungen, Aktien und Steuerausgleiche beleuchtet und zur Analyse in ihre Einzelteile zerlegt.

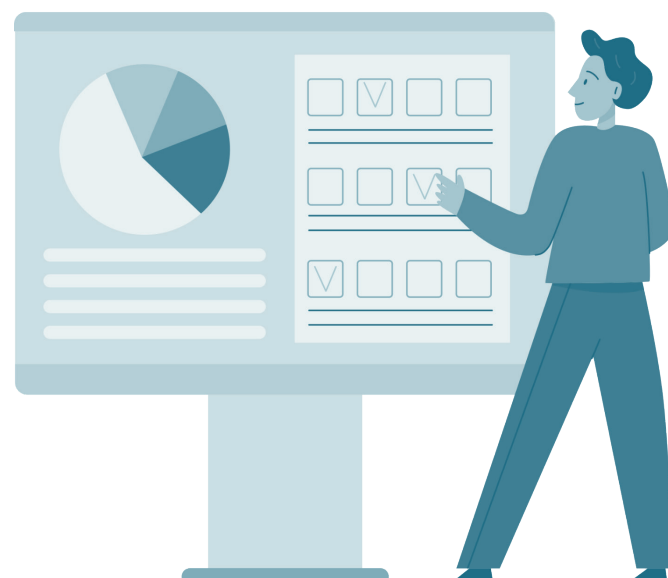
SOMMERSCHULE

Damit die Bildung im Sommer nicht durchgehend auf Urlaub ist, hat sich seit 2020 die Sommerschule etabliert. Zwei Wochen haben Schüler die Möglichkeit, Gelerntes zu wiederholen oder das Wissen in einem Thema zu vertiefen. Lehramtsstudenten können die Sommerschule ebenfalls nutzen, um Praxiserfahrung zu sammeln, die sie in ihrem Studium weiterbringen kann.

LEHRE

Im Bereich der Lehre wurden neue Lehrberufe, allen voran der Pflegelehre, geschaffen. Die Auswahl für junge Menschen, eine praktische Ausbildung zu absolvieren, ist somit deutlich gewachsen. In der Gesellschaft tritt allmählich ein Sinneswandel ein. Lehrberufe werden mehr geschätzt und nicht nur als zweite Option abgestempelt.

Der Bildungssektor hat sich in den letzten Jahren in die richtige Richtung entwickelt, es bleibt aber trotzdem noch viel zu tun.



SICHERHEIT & INTEGRATION

Sicherheit und Integration hängen stark miteinander zusammen. Wenn die Integration scheitert, ist die Sicherheit gefährdet, wenn die Sicherheit scheitert, ist die Integration gefährdet.

RÜCKFÜHRUNGSABKOMMEN MIT MAROKKO

Ein Meilenstein, der erreicht wurde, ist das Rückführungsabkommen mit Marokko. Im Jänner noch war Marokko das Herkunftsland Nummer eins in der österreichischen Asylstatistik. Über 1.300 Marokkaner haben um Asyl angefragt. Knapp 30 Prozent der Asylanträge im ersten Monat 2023 fallen auf das nordafrikanische Land, das obwohl die Chance für einen positiven Bescheid denkbar gering ist. Im europäischen Vergleich entfielen 2022 ganze 39 Prozent der Asylanträge von marokkanischen Staatsbürgern auf Österreich. In Österreich verurteilte marokkanische Straftäter sollen nun von Marokko zurückgenommen werden.

BLACKOUT-STRATEGIE

Sicherheit ist nicht nur der Schutz der Bevölkerung vor Straftätern, sondern auch die Vorbereitung auf unvorhergesehene Notfälle, wie beispielsweise einem Blackout. In so einem Anlassfall versagt die kritische Infrastruktur aufgrund eines flächendeckenden Stromausfalles. Gefahren sind beispielsweise unzureichende Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln, fehlende medizinische Versorgung und Anarchismus. Damit die Bürger unseres Landes vor solchen schwierigen Situationen geschützt sind, hat die Regierung eine Blackout-Strategie beschlossen.

HALLO AUS DEM PARLAMENT!

Zum ersten Mal in unserer Geschichte stellen wir als Junge ÖVP eine Staatssekretärin, acht Nationalratsabgeordnete, einen Europaabgeordneten und drei Bundesräte und sind somit der Parlamentsklub mit den meisten Jung-Parlamentariern in Österreich.

Unsere Abgeordneten im Nationalrat und im Bundesrat setzen sich gemeinsam mit unseren 14 Landtagsabgeordneten sowie unzähligen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auf allen Ebenen ein, um so die Anliegen von uns jungen Menschen bestmöglich zu vertreten!

Für diese Ausgabe unseres Update-Österreich-Magazins haben unsere Nationalratsabgeordneten gebeten, dass sie uns erzählen, welche Beschlüsse und Reformen ihnen in letzter Zeit besonders wichtig waren sowie wo sie gerne noch anpacken würden.



CARINA REITER

In letzter Zeit wurden viele Themen bearbeitet, die mir persönlich wichtig waren. Zum einen die GAP-Reform im landwirtschaftlichen Bereich, zum anderen in den Bereichen Energie, Digitalisierung und Breitbandausbau. Doch ein Thema, welches ich als besonders mutigen Schritt empfinde, ist die Abschaffung der kalten Progression. Endlich wurde etwas umgesetzt, worüber jahrzehntelang nur geredet und debattiert wurde. Das Steuersystem wurde bereits mehrmals nachhaltig verändert, wenn man sich etwa die ökosoziale Steuerreform ansieht. Und auch die Abschaffung der kalten Progression ist ein nachhaltiger Schritt. Dadurch fällt die schleichende Steuererhöhung weg und so bleibt eine Lohnerhöhung auch tatsächlich erhalten. Dies ist eine Maßnahme, die direkt bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ankommt und deshalb erachte ich es als wahnsinnig sinnvoll.

Der Finanzausgleich ist ein Projekt, welches wir in Zukunft endlich anpacken sollten. Bei der Kompetenz- und Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften ist einiges zu überdenken. Gerade in den letzten Jahren haben wir gesehen, dass es beispielsweise im Bereich der Gesundheit durchaus Reformpotential gäbe. Der Finanzausgleich gibt uns die Möglichkeit, diese Reformen anzustoßen und sollte ganz im Sinne der Effizienz überarbeitet werden. Ich hoffe, dass dies die nächste jahrzehntelange Diskussion ist, die wir anpacken und zu einem positiven Ende bringen.



MARTINA KAUFMANN

Die Lehre ist das internationale Aushängeschild der österreichischen Ausbildungslandschaft. Die Meisterprüfung ist dabei die wichtigste Qualifikationsform für handwerkliche Berufe und befähigt Absolventen einer Lehre dazu, dass sie selbständig werden oder selbst Lehrlinge ausbilden können und bescheinigt klar, dass die Meisterinnen und Meister zu den Besten ihres Faches gehören. Knapp 4.800 Personen absolvieren pro Jahr eine Meister- oder Befähigungsprüfung. Die Prüfung ist durch ihre hohe fachliche Expertise im nationalen Qualifikationsrahmen einem Bachelorabschluss gleichzusetzen.

Für den Erwerb der Meister- oder der Befähigungsprüfung nehmen die Kandidatinnen und Kandidaten hohe Kosten auf sich. Je nach Berufsbild können mit Vorbereitungskursen und Meisterprüfungsgebühren Kosten im vier- bis fünfstelligen Bereich entstehen. Somit ist der Meister in den meisten Fällen deutlich teurer als ein Fachhoch- oder Universitätsstudium. Ich bin der Meinung, dass der Meister – gleich wie ein Universitätsstudium – für jene, die sich für diese Ausbildung entscheiden, kostenlos werden soll. Von den Prüfungskandidatinnen und -kandidaten wird in der Zeit der Vorbereitung viel abverlangt, sie arbeiten währenddessen Vollzeit und besuchen die entsprechenden Kurse außerhalb ihrer Arbeitszeit, um für die Prüfung zu lernen.

Der Bedarf an qualifizierten Fachkräften in Österreich steigt stetig an, insbesondere Absolventen einer Lehrausbildung sind gefragter denn je. Um diesem Bedarf gerecht zu werden, müssen wir die Lehrausbildung attraktiver gestalten. Ein weiterer Grund, weshalb die Ausbildung und Prüfung zum Meister kostenfrei werden muss. Neben dem kostenlosen Meister ist auch die Forderung nach der höheren Berufsbildung eine unumgängliche Weiterbildungsmaßnahme der dualen Ausbildung. Dadurch werden Bildungs- und Karrieremöglichkeiten für alle Menschen mit Lehrabschluss erhöht und eine ausgezeichnete Weiterbildung ermöglicht. So schaffen wir eine Gleichstellung zwischen Erwerbstätigen und Studentinnen sowie Studenten und werten gleichzeitig die Lehre auf. Die außerhochschulische höhere Berufsbildung spielt eine wichtige Rolle für die Volkswirtschaft. In Zeiten des Fachkräftemangels sind hohe Aus- und Weiterbildungskosten kontraproduktiv. Unsere österreichischen Fachkräfte gehören seit Jahren zu den Besten und das soll auch weiterhin so bleiben.



LUKAS BRANDWEINER

Als Zivildienstsprecher bin ich sehr froh, dass wir deutliche Verbesserungen für die jungen Männer, die einen unverzichtbaren Dienst für die Gesellschaft leisten, umsetzen konnten. Das zeigt auch, wie wichtig es ist, dass wir von der Gemeinde bis in die Bundesregierung viele engagierte JVPler haben, die anpacken und mitentscheiden. Mit unserer Bundesobfrau Claudia Plakolm haben wir eine starke Stimme in der Regierung. So ist es uns gemeinsam gelungen, ein gratis Klimaticket für alle Zivil- und Grundwehrdiener einzuführen. Ebenso umgesetzt haben wir eine spürbare Erhöhung der Grundvergütung von mehr als 40 Prozent. Das bedeutet für Zivildienstler über die neun Monate hinweg gut 1.500 Euro mehr Geld am Konto. Diese Reformen tragen die Handschrift der Jungen Volkspartei und darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Nun wollen wir auch noch die Rahmenbedingungen für junge Menschen verbessern, die ein freiwilliges soziales Jahr leisten. Geplant sind ebenso ein gratis Klimaticket und eine Erhöhung der Entschädigung. Dafür werden wir arbeiten und hoffentlich schon bald über die erfolgreiche Umsetzung berichten können.





JOHANNA JACHS

Seit vielen Jahren wurde die Valorisierung der Sozialleistungen, wie etwa dem Kinderbetreuungsgeld und der Kinderbeihilfe, gefordert – wir haben diesen Schritt heuer auch umgesetzt. Erst kürzlich wurde wieder ein weiteres Maßnahmenpaket im Kampf gegen die Teuerung beschlossen – dieses Mal speziell für Familien und Alleinerziehende. Bis Ende 2024 sorgt das Maßnahmenpaket für eine zusätzliche Entlastung von insgesamt 1.080 Euro pro Kind. Die Regierung legt dabei den Schwerpunkt vor allem auf alleinerziehende Eltern und setzt den Kampf gegen die Teuerung weiterhin fort. Ein wichtiges Thema, das ich in Zukunft gerne wieder anpacken möchte, ist meine Forderung nach dem Mutterschutz für Politikerinnen. Immer häufiger entscheiden sich junge Frauen für Aufgaben in der Politik, sie bringen mit hohem Einsatz ihre Erfahrungswelt ein und setzen sich für die Gesellschaft ein. Ihnen steht die gleiche Mutterschutzregelung wie jeder anderen berufstätigen Frau in Österreich zu. Es darf nicht sein, dass Kinderwunsch oder Familienplanung zum Stolperstein oder Hemmnis für junge Frauen werden, um sich für politisches Engagement zu entscheiden. Meine persönliche Erfahrung nehme ich daher zum Anlass, mich für zeitgemäße Lösungen für Frauen in der Politik einzusetzen.



NICO MARCHETTI

Besonders wichtig war mir die Reform des Lehrplans in der Schule in Bezug auf Digitale Grundbildung inklusive Endgeräte für Schüler und Lehrer. Auch die Verankerung von Demokratiebildung und Medienkompetenz war ein wichtiger Schritt.

Unbedingt anpacken müssen wir die drohende Schieflage im Pensions- und Sozialsystem aufgrund der vorhersehbaren demographischen Entwicklung. Dafür ist es noch nicht zu spät, aber wenn wir hier nicht in den nächsten Jahren an den großen Schrauben drehen, wird unsere Generation draufzahlen.



KLAUS LINDINGER

Nach vielen Gesprächen und Verhandlungen ist die Herkunftskennzeichnung für Fleisch, Milch und Eier in der Gemeinschaftsverpflegung ab 1.9. 2023 verpflichtend. Das ist für mich zwar erst der Anfang, aber wichtig, um die Herkunft der sogenannten Primärzutaten zu zeigen. Fakt ist: Wenn ich diese Information habe, kann ich entscheiden, was ich esse – nun auch wenn ich auswärts esse. Die verpflichtende Kennzeichnung gilt ab Herbst für Berufskantinen, Essen auf Räder, Bildungshäuser von Kindergärten bis Universitäten, Kasernen, Klöster und dergleichen.

Es war viel Überzeugungsarbeit nötig, um zu diesem ersten Schritt zu kommen. Die Transparenz am Teller wird von den Menschen mit gutem Recht verlangt. Sie ist jedoch genauso nötig, um die hervorragende Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern vor den Vorhang zu holen! Das liefert Motivation für potenzielle Junglandwirte, die dadurch auch Wertschätzung für ihre Arbeit erfahren. Laut Bauernbund betrifft die Kennzeichnung 2,2 Mio. Speisen pro Tag in Österreich – das sind fast zwei Drittel des täglichen Außer-Haus-Verzehrs. Als bäuerlicher JVP-Abgeordneter setze ich mich weiter für noch mehr Transparenz am Teller ein. Viele Gasthäuser und Hotels zeigen jetzt schon, woher sie die Lebensmittel beziehen. Doch ich bin klar dafür, dass die verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der gesamten Gastronomie und Hotellerie gelten muss!

CORINNA SCHARZENBERGER

Für mich als Mitglied des letzten Untersuchungsausschusses war die Beratung im April-Plenum über den Abschlussbericht des vergangenen Untersuchungsausschusses von großer Bedeutung. In knapp 385 Sitzungsstunden haben wir 82 Auskunftspersonen befragt und über 25,5 Millionen Seiten an elektronischen Akten und weitere 1,5 Millionen in Papierform durchgearbeitet.

Der verfassungsrechtlich verankerte Zweck eines Untersuchungsausschusses wurde mit diesem politischen Schauprozess vollständig ausgehebelt und anstatt seiner Kontrollfunktion nachzukommen, sollte er letzten Endes nur parteipolitischen Nutzen bringen. Die Ergebnisse dieses Ausschusses sind zum Leidwesen der Opposition zudem auch sehr mager, da es laut dem Verfahrensrichter keine finalen Beweise für Korruption gibt. Für uns ist jedoch klar, dass Fehler, die in den Causen Schmid und Wolf aufgetreten sind, sich nicht wiederholen dürfen. Als Volkspartei bringen wir deshalb eine Novelle des Korruptionsstrafgesetzes auf den Weg und verbieten damit künftig den Mandatskauf. Wir haben auch im Bereich der Transparenz proaktive Schritte gesetzt und ein neues Parteiengesetz auf den Weg gebracht, damit stellen wir einen fairen Wettbewerb zwischen den Parteien sicher.

Damit wir in Zukunft wieder zum ursprünglichen Sinn und Zweck eines Untersuchungsausschusses zurückkehren können, sehe ich dringenden Reformbedarf in der Verfahrensordnung eines Untersuchungsausschusses. Dem Vorschlag, dem deutschen Modell zu folgen, wonach aus Straftaten erst berichtet werden darf, wenn es zu einer Verhandlung kommt, kann ich einiges abgewinnen. Insgesamt geht es aber vor allem darum, dass wir – unabhängig der Parteigrenzen – wieder zur ursprünglichen Aufgabe des Nationalrats zurückfinden: Nämlich zur gemeinsamen Arbeit für Österreich.



EVA-MARIA HIMMELBAUER

Eine Reform an der ich selbst mitgewirkt und mitverhandelt habe, war die Neukodifizierung des Telekommunikationsgesetzes. Hier ging es mir vor allem um die Beschleunigung des Breitbandausbaus. Eine leistungsfähige Internetanbindung gerade im ländlichen Raum ist nicht erst seit Corona ein Thema. Das Gesetz unterstützt unsere Zielsetzung, dass Österreich bis 2030 flächendeckend mit stationärem und mobilem gigabitfähigem Internet versorgt sein soll.

Das größte Zukunftsthema in meinem Wirkungsbereich ist Künstliche Intelligenz. Hier gehts um sinnvolle Regulierung, die heimische und europäische Entwicklung unterstützt, als auch die Gefahren von KI behandelt. So reden wir derzeit über eine Kennzeichnungs- als auch Rechenschaftspflicht, um Anwender und Betroffene von KI-Systemen über die Umstände bestmöglich zu informieren.



INNOVATION & DIGITALISIERUNG

BOOSTER FÜR LADE-INFRASTRUKTUR

Um den Verkehr effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten, hat die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Automobil- und Zweiradimporteuren die E-Mobilitäts-offensive als wichtigen Beitrag für klimafreundliche Mo-bilität in Österreich gestartet. Allein für das Jahr 2023 stehen dafür 95 Millionen Euro zur Verfügung, wobei ab Mitte des Jahres weitere 10 Millionen Euro für den Aus-bau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge vorgesehen sind.

VERPFLICHTENDES UNTERRICHTSFACH "DIGITALE GRUNDKOMPETENZEN"

Mit dem Schuljahr 2022/23 beginnend wurde an Mit-telschulen & AHS-Unterstufen der neue Pflichtgegen-stand „Digitale Grundbildung“ eingeführt. Die Digitale Grundbildung wird in der 5. bis 8. Schulstufe mit jeweils mindestens einer fixen Stunde im Studienplan umgesetzt. Das Konzept des neuen Unterrichtsfaches umfasst drei wesentliche Punkte:

- Wie funktionieren digitale Technologien?
- Welche gesellschaftlichen Wechselwirkungen erge-ben sich durch ihren Einsatz?
- Welche Interaktions- und Handlungsoptionen erge-ben sich für Schülerinnen und Schüler?

AUSBAU DES DIGITALEN AMTS

Über die App Digitales Amt kann man künftig Doku-mente wie etwa eine Geburts- oder Heiratsurkunde auf

sein Smartphone herunterladen. Voraussetzung dafür ist neben der Registrierung in der App der Besitz einer Handysignatur oder ID-Austria sowie die Entrichtung einer Gebühr. Bei allen Personen, bei denen es seit 2024 zu einer Änderung im Personenstandsregister kam, werden die Daten automatisch digital erfasst.

JUGENDSCHUTZ IM INTERNET

Österreichs Jugendliche verbringen im Schnitt 84 Mi-nuten täglich mit Videospielen und viele träumen dav-on, im professionellen Gaming tätig zu werden. Um hier die neuen Herausforderungen kompetent meistern zu können, hat Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm eine "Gaming Taskforce Austria" eingesetzt. Das Jugendschutz soll sich an den europäischen Stand-ards orientieren, was bedeutet, dass die Alterskenn-zeichnung vereinheitlicht werden soll und somit gefährli-che Inhalte, wie etwa Glücksspielmechaniken, leichter zu erkennen sind.

BREITER ROLLOUT DER E-ID

Mit der App „eAusweise“ kann man nun den eigenen Führerschein einfach, sicher und digital am Smartphone vorweisen. Der digitale Führerschein ist ein kostenloser Service und funktioniert auch ohne Internetverbindung. Derzeit ist er jedoch nur innerhalb Österreichs gültig.

Auch für Schülerinnen und Schüler ist es mit der edu.digi-card in Zukunft möglich, sich digital auszuweisen. Diese dient dem Schulbesuchsnachweis an der betreffenden Schule und lässt sich wie der digitale Führerschein am Smartphone öffnen. Mit bis zu 120 teilnehmenden Schu-

len befindet sich die App gerade in der Testphase und soll nach erfolgreichem Abschluss österreichweit zur Verfügung stehen.

CHATGPT, WARUM BRAUCHT ES EIGENTLICH DIGITALISIERUNG?

Es gibt viele Gründe, warum die Digitalisierung heute un-verzichtbar ist. Hier sind einige wichtige Gründe:

1. Effizienzsteigerung: Durch die Automatisierung von Prozessen und die Nutzung digitaler Tools können Unternehmen und Organisationen ihre Effizienz und Produktivität verbessern.
2. Kostenreduzierung: Die Digitalisierung ermöglicht es Unternehmen, Prozesse kostengünstiger zu gestalt-en, da sie weniger Ressourcen benötigen und weni-ger Zeit in Anspruch nehmen.
3. Verbesserte Kommunikation: Digitale Technologien erleichtern die Kommunikation zwischen Personen und Organisationen, unabhängig von Standort und Zeitzone.
4. Bessere Entscheidungen: Die Digitalisierung ermö-glicht es Unternehmen und Organisationen, Daten besser zu sammeln, zu analysieren und zu nutzen, um fundierte Entscheidungen zu treffen.
5. Innovation: Digitale Technologien eröffnen neue Möglichkeiten für Innovation und Fortschritt in ver-schiedenen Branchen und Bereichen, von der Medizin bis zur Produktion.
6. Kundenzufriedenheit: Digitale Technologien ermög-lichen es Unternehmen, ihren Kunden personalisierte und zeitnahe Dienstleistungen anzubieten, was zu einer höheren Kundenzufriedenheit führt.

Insgesamt bietet die Digitalisierung viele Vorteile für Unternehmen, Organisationen und die Gesellschaft als Ganzes.



"WIR MÜSSEN NEUEN TECHNOLOGIEN OFFEN GEGENÜBERSTEHEN UND SIE FÜR UNS NUTZEN - DENN ES IST DER KLÜGERE WEG, MIT KÜNSTLICHER INTELLIGENZ RICHTIG UMGEHEN ZU LERNEN."

Claudia Plakolm

Ja, ich bin eine technologieaffine Öko-Optimistin ...



... und das Bekenntnis dazu ist gerade jetzt wichtiger denn je, denn die öffentliche Debatte wird von einigen Akteur:innen in den vergangenen Monaten stark in eine fragwürdige Richtung gedrängt: Wer beim Klimathema nicht düstere Untergangsszenarien und Verbote propagiert, wird sofort als Leugner:in oder Verharmloser:in der Klimakrise abgestempelt.

Bin ich mit einem lösungsorientierten Blick in die Zukunft, in der man bestehende Technologien nutzt, um der zweifellos menschengemachten Erderwärmung Herr zu werden, also allen Ernstes eine Verharmloserin? Sagt nicht auch das IPCC in seinem Synthesebericht, dass wir entschlossen handeln und die bereits bekannten Technologien rasch einsetzen müssen? Und: Was soll falsch an der Forderung sein, alle möglichen Innovationen zu nutzen, um den Anteil der fossilen Energieträger zurückzufahren? Warum wird die CO₂-Speicherung verdammt, obwohl sie vom Weltklimarat empfohlen wird? Wäre es nicht eine Chance, wenn möglichst schnell 1,5 Milliarden Autos mit weniger Emissionen durch synthetische Treibstoffe unterwegs sind? Das könnte global einen Impact aufs Klima haben – und schließt keines-

wegs aus, dass wir parallel möglichst viel elektrifizieren.

Mit derartigen Fragen beschäftigen sich manche „Klimaretter“ aber gar nicht erst. Das sollten sie aber, wenn sie es ernst mit wirksamen Lösungen meinen. Denn Elektrifizierung der Mobilität, der Wärme und weiterer Bereiche benötigt vor allem eins: sehr, sehr viel Strom. Weniger CO₂ werden wir aber nur dann produzieren, wenn wir es schaffen, den Bedarf aus grünem Strom (Wasser, Wind und Sonne) zu decken. Wer behauptet, dass wir das jetzt schon locker schaffen, verdreht und leugnet die Tatsachen. Tatsächlich importieren wir täglich rund 15 Prozent des Stroms aus Kohle- und Atomkraftwerken und nutzen überdies unsere eigenen Gaskraftwerke zur Versorgung.

Das ist absolut kein wünschenswerter Zustand. Daher setze ich mich mit oecolution dafür ein, dass wir rasch Erneuerbare, Netze und Speicher ausbauen. Das ist entscheidend für die Energiewende.

Wir schlagen außerdem vor, dass die öffentliche Hand mit der Nutzung ihrer Infrastruktur als Vorbild vorangeht und schnell in den Ausbau der

Erneuerbaren investiert – und zwar heute und nicht morgen. Zur Erinnerung: ÖBB und ASFINAG – zwei Infrastrukturunternehmen mit viel Fläche für Sonnenkraftwerke – befinden sich im hundertprozentigen Einfluss einer grünen Ministerin. Zudem wollen wir von oecolution junge Menschen für Green Jobs begeistern, damit wir auch genügend Profis haben, um die Energiewende zu schaffen.

In diesem Sinne: Moralische Gut-Böse-Diskurse bringen uns beim Klimaschutz nicht weiter – wir müssen anpacken und umsetzen. Wir dürfen beim Klima nicht länger in den Kategorien „gut“ oder „böse“ denken, sondern müssen auf realistische, machbare Lösungen von Wissenschaft und Wirtschaft setzen. Es gibt viele vernünftige Brücken in eine klimafreundliche Zukunft. Wir sollten sie auch gehen. Denn klar ist, dass wir uns die ungeheuren Kosten der Energiewende auch leisten können müssen. Deshalb werde ich als Öko-Optimistin weiterhin für Klimaschutz kämpfen, bei dem für uns alle was weitergeht – und freue mich dabei über jede Art von Unterstützung!

Elisabeth Zehetner
www.oecolution.at

REINGEHÖRT

Unsere Podcast-Empfehlungen für dich!

AUSTRIA IST ÜBERALL

Von Amerika und Afrika über Europa und Asien bis nach Australien. Der Podcast „AUSTRIA ist überall“ der Außenwirtschaft Austria nimmt dich auf Geschäftsreisen über den gesamten Globus mit. Verschiedene WKÖ-Wirtschaftsdelegierte sprechen mit Christoph Hahn über die wirtschaftliche Beziehung dieser Länder mit Österreich sowie deren Exportmärkte und geben einen Einblick in ihre persönlichen Erfahrungen in den mehr als 70 Ländern. Sie informieren über Innovationen, Trends und Geschäftschancen – auch für Österreich – auf der ganzen Welt.

DER NATIONALBANK PODCAST

Inflation, Anhebung der Zinsen, Bargeldabschaffung. Mit diesen Begriffen sind wir aktuell täglich konfrontiert. Im „Der Nationalbank Podcast“ dreht sich alles rund um das Thema Geldpolitik und Finanzen. Die Expertinnen und Experten der Österreichischen Nationalbank informieren über die Bankenaufsicht und diskutieren über den Zahlungsverkehr im Euroraum. Die Podcast-Serie richtet sich vor allem an Interessierte des europäischen und österreichischen Finanzmarktes.

WER NICHTS WEISS, MUSS ALLES ESSEN

Der Verein „Land schafft Leben“ versorgt seine Zuhörerinnen und Zuhörer regelmäßig mit Folgen des Podcast „Wer nichts weiß, muss alles essen“. Hannes Royer (Obmann „Land schafft Leben“) und Maria Fanninger (Vorstand „Land schafft Leben“) sprechen in der Serie mit spannenden Gästen über die österreichische Landwirtschaft und das Thema Lebensmittel. Ihr Ziel ist es, mit der Podcast-Serie, welche den Sieg beim Ö3 Podcast-Award 2023 holen konnte, das Bewusstsein für Ernährung in der Bevölkerung zu stärken.

Alle Podcasts findest Du auf Spotify.

EUROPA & INTERNATIONALES

JUGENDAUSTAUSCH-ABKOMMEN MIT ISRAEL

Mit der Unterzeichnung des Austauschabkommens zwischen Israel und Österreich werden gegenseitige Besucherprogramme nach 20 Jahren wieder ins Leben gerufen. Dieser Austausch ist für Jugendgruppen besonders wichtig, um ein gegenseitiges Verständnis zu schaffen und den Zusammenhalt der Länder zu stärken.

Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm reiste im Namen der österreichischen Vertretung nach Israel und stellte dabei den Austausch junger Menschen der beiden Länder in den Fokus. „Wer ein Gefühl füreinander entwickelt, den Austausch pflegt und Freundschaften über die Grenzen hinweg schließt, wird auch weniger antisemitische Tendenzen entwickeln“, so Plakolm.

Österreich verzeichnete 2021 einen Höchststand an antisemitischen Vorfällen, das müsse sich ändern. Dabei soll Gedenkarbeit und Aufklärung das Fundament eines harmonischen Miteinanders sein. Die Besuchergruppen werden zu Botschaftern ihrer Eindrücke und schaffen somit Bewusstsein für sich und ihre Mitmenschen.



EUROPÄISCHES JAHR DER JUGEND

Das Jahr 2022 stand offiziell unter dem Titel des Europäischen Jahres der Jugend und rückte die Interessen und Anliegen junger Menschen in den Mittelpunkt. Das Motto war „Euer Jahr der Jugend“. In Kooperation mit dem Bundeskanzleramt und der österreichischen Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD) wurden zahlreiche Projekte junger Menschen, von Vereinen und



Organisationen aus ganz Österreich und Europa vor den Vorhang geholt. Allein Österreich verzeichnete fast über 300 Projektanträge.

Nach der Verkündung der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen folgte im Dezember 2021 ein entsprechender Beschluss des Parlamentes. Vorrangige Ziele des Europäischen Jahres der Jugend waren beispielsweise, neue Chancen im digitalen und ökologischen Bereich aufzuzeigen, Partizipation und Engagement zu fördern und vor allem die Einbeziehung der Jugendperspektive in alle Politikbereiche sicherzustellen.

Es sollte ein Jahr werden, wo allen Jugendlichen Gehör verschafft wird und Projekte und Ideen realisiert werden.

Vereine und Organisationen, die Jugendarbeit leisten, konnten durch eine Förderung zwischen 100 und 1.000 Euro bei ihren Aktivitäten finanziell unterstützt werden. Besonders für Projekte zu Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, digitaler Wandel, Inklusion, und Partizipation konnten Zuschüsse beantragt werden. Im Fördertopf 2022 waren insgesamt 100.000 Euro, die für vielfältige Kampagnen, Veranstaltungen und soziales Engagement hergenommen wurden.

Auf der Plattform „Voice-Your-Vision“ hatten Jugendliche im Europäischen Jahr der Jugend 2022 zusätzlich die Gelegenheit, ihre Visionen zur Zukunft Europas per Sprachnachricht der Europäischen Kommission mitzuteilen. Die interaktive Plattform soll auch zukünftig als Sprachrohr junger Menschen dienen, um Europa aktiv mitzugestalten.

PROJEKT „SCHULKLASSEN NACH BRÜSSEL“

Ein einfacher Zugang zum Herz der EU – so lautet das Motto des Projekts „Schulklassen nach Brüssel“. Mit dieser Initiative will Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm jungen Menschen von 15 bis 20 Jahren die Möglichkeit bieten, während ihrer schulischen Laufbahn einen Einblick in die EU-Hauptstadt Brüssel zu bekommen. Die Schülerinnen und Schüler haben vor Ort die Gelegenheit, die Arbeit im Europäischen Parlament, in der Europäischen Kommission oder im EU-Ministerrat kennenzulernen. Damit soll jungen Menschen ein Blick hinter den Vorhang der Europäischen Union ermöglicht werden. „Wo Demokratie leben soll, müssen auch die Institutionen erlebbar sein,“ so Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm.

Das Projekt wurde gemeinsam mit der Europäischen Kommission und der ÖBB auf die Beine gestellt. Alle notwendigen Ansprechpartner, Ideen, Musterabläufe und Vorlagen für die Organisation einer Brüssel-Reise werden gesammelt auf bundeskanzleramt.gv.at zur Verfügung gestellt. Das erleichtert Schulklassen bzw. dem Lehrpersonal die Organisation der Reise.

Anlässlich des Europäischen Jahres der Jugend werden die Kosten für den Nightjet nach Brüssel im Schuljahr



2022/2023 erstmals von der Europäischen Kommission in Österreich übernommen. Zusätzlich stockt das Bundeskanzleramt den Fördertopf für Schulreisen nach Brüssel ordentlich auf: Statt bisher 500 Euro pro Klasse, wird künftig jeder Schüler bzw. Lehrling mit 250 Euro unterstützt. Darüber hinaus stellt die Ständige Vertretung ein Planungs-Tool zur Verfügung, um den Lehrkräften die Organisation der Brüssel-Reise zu vereinfachen und sie so bestmöglich unterstützen zu können.

Die neu-gebrandete EU-Lok gilt als Zeichen für den europäischen Green Deal und das Europäische Jahr der Jugend. Sie fährt seit Juni 2022 quer durch Österreich und macht auf den Grünen Deal, welcher die EU bis 2050 klimaneutral machen soll, aufmerksam. Des Weiteren sollen vor allem Ideen und Anliegen junger Menschen gehört und auf Schiene gebracht werden.

Mit dem Projekt „Schulklassen nach Brüssel“ wird Europa erlebbar und in weiterer Folge auch die Arbeit der Europäischen Institutionen greifbarer.





ANPACKEN STATT ANPICKEN

Der Kampf gegen den Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Die Reduktion von Emissionen, das Beenden von Umweltverschmutzung und der bewusster Umgang mit Ressourcen sollten aus unserer Sicht gesellschaftlicher Konsens sein.

Die Diskussion über Klimaschutz hat sich in den letzten Monaten aber massiv verändert und in die falsche Richtung bewegt: Vermeintliche Klimaaktivisten beschützen Gemälde mit Öl, blockieren Menschen auf ihrem Arbeitsweg, indem sie sich auf Straßen ankleben, und stechen sogar Autoreifen auf. All das im Namen des Klimas, im Namen einer vermeintlich „letzten Generation“.

Die jungen Menschen von heute sind aber sicherlich nicht die letzte, sondern ganz klar die nächste Generation. Wir sind davon überzeugt, dass die große Herausforderung des Klima- und Umweltschutzes nur durch Fortschritte in der Forschung im Zusammenspiel mit den Menschen (weltweit!) gemeistert wird. Alleine die Klimainnovationen steiermärkischer Unternehmen sparen weltweit ca. 10x so viel CO₂ ein, wie Österreich ausstößt. Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur mit neuen Technologien bestreiten.

Wir wollen dem Klimawandel daher mit der Innovationskraft der Österreicherinnen und Österreicher und mit Technologieoffenheit begegnen, um die Pariser Klimaziele

auch wirklich zu erreichen. Verbote müssen immer der letzte Ausweg sein. Dafür braucht es mehr Forschung, mehr Fachkräfte, mehr internationale Spielregeln.

Denn wir setzen nicht auf Provokation, sondern auf Innovation. Es ist der falsche Weg, den dringend notwendigen Zusammenhalt im Klimaschutz zu gefährden. Dafür steht zu viel am Spiel.

Als Junge ÖVP sammelten wir so in den vergangenen Wochen zahlreiche Unterstützer für echten Klimaschutz. Vielen Dank, dass so viele engagierte JVP-Mitglieder daran mitgearbeitet haben, wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Dinge auch bald Realität werden.

Unsere Forderungen

KONSEQUENTE KLIMAZÖLLE FÜR DRITTSTAATEN

Durch die Schaffung von Klimaschutzzöllen der EU für energieintensive Produkte, die aus dem EU-Ausland importiert werden, wird weltweit ein Anreiz für die Reduktion von Emissionen gesetzt. Gleichzeitig schafft diese Maßnahme Chancengerechtigkeit für europäische Produzenten. Wir fordern eine schnelle und konsequente Umsetzung dieses Mechanismus.

LÄNDERÜBERGREIFENDE FORSCHUNG

Wir wollen in Österreich die Erforschung sowie Weiterentwicklung von Verfahren zur Erzeugung von klimafreundlichen Technologien wie E-Fuels und Wasserstoff fördern. Solche Forschungsprojekte für den Klimaschutz sollen in Zukunft vermehrt durch Länderkooperationen mit europäischen Partnern entwickelt werden. Denn Klimaschutz kann nur gemeinsam gelingen.

ÖFFENTLICHEN VERKEHR WEITER AUSBAUEN

Wer will, dass der öffentliche Verkehr mehr genutzt wird, muss das Angebot auch stetig verbessern. Wir fordern den kontinuierlichen Ausbau des leistbaren öffentlichen Verkehrs, die Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene sowie die laufende Optimierung von Taktung und Kapazitäten, auch mithilfe von KI.

CO₂-SPEICHERUNG ERLAUBEN

Laut IPCC-Klimabericht ist das Speichern sowie „Wiederverwenden“ von CO₂ ein maßgeblicher Bestandteil der Klimaschutzmaßnahmen. Zahlreiche Länder, darunter Island und Dänemark, sind hier mit großen CO₂-Speicheranlagen Vorreiter. Wir fordern einen massiven Ausbau dieser Technologien sowie einen gesetzlichen Rahmen, in dem gegebenenfalls auch in Österreich CO₂ abgesondert und gespeichert werden kann.

GREEN-JOBS-FACHKRÄFTE-OFFENSIVE FÜR 100 PROZENT ERNEUERBAREN STROM

Österreich hat das Ziel, bis zum Jahr 2030 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen. Dafür muss der Ausbau erneuerbarer Energie aus Sonnen-, Wasser-, Windkraft und Biomasse weiter vorangetrieben und erleichtert werden. Um die Klima- und Energiewende zu schaffen, braucht Österreich rund 100.000 Fachkräfte in sogenannten „Green Jobs“. Um junge Menschen, die gerade in ihr Berufsleben starten, gezielt für Jobs im Klima- und Umweltbereich anzuwerben, muss es eine breite Informationsoffensive geben. Nur so können wir auch die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende nutzen.

MASSIVE STRAFVERSCHÄRFUNG FÜR AKTIVISMUS, DER DEM KLIMASCHUTZ SCHADET

Wer durch Gefährdung der öffentlichen Sicherheit dem Klimaschutz schadet, muss mit massiven Strafverschärfungen rechnen. Denn eines ist ganz klar: Wir müssen die Menschen für den Klimaschutz gewinnen und sie nicht durch Klima-Kleberei davon abschrecken, die zum Teil sogar den öffentlichen Verkehr blockiert.

UMWELT & MOBILITÄT

HERKUNFTSKENNZEICHNUNG BEI LEBENSMITTELN

Mehr Transparenz am Teller. Das ist die Intention der neuen Lebensmittelkennzeichnungs-Verordnung, die am 1. September 2023 in Kraft tritt. Fleisch, Milch und Eier in der Gemeinschaftsverpflegung, darunter fallen beispielsweise Betriebskantinen in Krankenhäusern, Kindergärten, Schulen oder beim Bundesheer müssen nun klar gekennzeichnet werden.

Darunter sind fast zwei Drittel der Speisen im täglichen Außer-Haus-Verzehr betroffen. Insgesamt werden 2,2 Millionen Speisen pro Tag von Kantinen und Großküchen ausgegeben. Diese müssen ab September 2023 mit der Kennzeichnung EU, Nicht-EU, dem Land oder der Region mittels Aushangs oder in der Speisekarte ersichtlich sein. Gastronomiebetriebe, die jedoch freiwillig Herkunftsangaben auf ihren Produkten abbilden, müssen sicherstellen, dass die Angaben stimmen und klar erkenntlich gestaltet sind.

Neben der Schaffung von mehr Transparenz hat die neue Regelung auch das Ziel den Anteil an regionalen Produkten zu fördern. Durch die Lebensmittelkennzeichnung haben Konsumentinnen und Konsumenten nun auch die Wahl sich bewusst für regionale österreichische Produkte zu entscheiden.

CO-WORKING-HUBS IN GEMEINDEN

Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Viele Menschen wollen ihre Arbeit nach ihren eigenen Vorstellungen und nach ihrem Lebensumfeld gestalten. Der Trend von flexiblen Arbeitszeiten, Or-

tunggebundenheit und digitalen Arbeiten gewinnt zunehmend an Bedeutung. Gerade für junge Menschen ist eine ausgewogene Work-Life-Balance das A und O im Job. Aufgrund mangelnder Möglichkeiten in ländlicheren Regionen zieht es viele junge Leute in die Großstadt. Gemeinden wollen nun mit „Co-Working-Hubs“ der Abwanderung gegensteuern und durch innovative, wohnortnahe Räumlichkeiten das Arbeiten am Land attraktiveren.

„Co-Working“ bedeutet im Grunde „zusammenarbeiten“. Co-Working-Hubs sollen nicht nur eine Alternative zu Büro und Home-Office darstellen, sondern auch das Ziel verfolgen, Menschen die Möglichkeit zu geben sich zu vernetzen und kreativ an Projekten zu arbeiten. Sie sind die zentrale Anlaufstelle für unternehmerisch denkende Menschen und Treibhäuser für Start-ups. Gerade am Land braucht es Innovation und Ideen junger Menschen, um die Gemeinden weiterzuentwickeln. Neben einer produktiven gemeinschaftlichen Arbeitsatmosphäre kann durch Co-Working-Spaces auch eine bessere Vereinbarkeit mit Familie und Beruf geschaffen werden.

Die Zahl von Co-Working-Hubs in ländlichen Gegenden steigt, bereits 25 % aller europäischen Office-Hubs befinden sich bereits in Regionen mit weniger als 100.000 Einwohnern. Viele Gemeinden nutzen diesen Wandel und schaffen somit den Grundstein für ein zukunftsorientiertes Arbeitsumfeld.

DECKELUNG DER EU-FÖRDERMITTEL BEI LANDWIRTSCHAFTLICHEN GROSSBETRIEBEN

Die Gemeinsame Agrarpolitik – kurz GAP – legt die landwirtschaftliche Politik auf europäischer Ebene fest und verfolgt dabei das Ziel, die Landwirtschaft in den eu-

ropäischen Mitgliedsstaaten marktorientiert zu fördern und zur Entwicklung des ländlichen Raums beizutragen.

Die Förderungen werden zu einem Teil in Form von Direktzahlungen an die Empfänger übermittelt. Die Höhe dieser Prämien war in der vergangenen Periode dabei hauptsächlich an die Flächengröße gekoppelt. Demnach haben Konzerne und Großbetriebe mit mehreren tausend Hektar, wie sie in Osteuropa vorkommen, mehr Fördermittel erhalten als Betriebe mit weniger Fläche. Als Folge dessen waren immer mehr kleinstrukturierte landwirtschaftliche Betriebe nicht mehr überlebensfähig. Mit der Reform der GAP soll diese Entwicklung gebremst und speziell kleinere landwirtschaftliche Betriebe unterstützt werden, indem die Fördermittel weg von Großbetrieben hin zu kleinen landwirtschaftlichen Betrieben umverteilt werden. Vor allem die Landwirtschaft in Österreich ist durch solche kleineren Betriebe einzigartig und daher ist es notwendig, diese Höfe durch die Reform der GAP zu unterstützen. Umgesetzt wurde die Neuordnung durch die Verringerung von flächengebundenen Direktzahlungen, welche ursprünglich als fixe Einkommenssicherung dienen sollten. Die Flächendimension hat damit in Zukunft weniger Einfluss auf die Höhe der Fördermittel.

Zusätzlich unterstützt man Kleinbetriebe mit einem zweistufigen Modell für Aufschläge. Für die ersten 20 ha erhält ein Betrieb ab 2023 zusätzlich 44 Euro pro ha und für die nächsten 20 ha rund 22 Euro pro ha. Außerdem wurde eine Obergrenze für flächenbasierte Fördermittel von 100.000 Euro pro Betrieb festgelegt und strengere Konditionen geschaffen, die zum Erhalt der Direktzahlungen berechtigen. Die Neuerungen der GAP sind besonders in Österreich wichtige Maßnahmen zum Erhalt der landwirtschaftlichen Betriebe und zur Sicherung der Versorgung mit regionalen und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln.

SUBVENTIONEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIEQUELLEN

Österreich nimmt für Klima- und Umweltschutz so viel Geld in die Hand wie nie zuvor. So konnten wir einerseits im Jahr 2023 ein Rekordbudget für den Ausbau erneuer-

barer Energie verzeichnen. Gleichzeitig wurden auch die Mittel des Klima- und Energiefonds verdoppelt, der auch Innovationsforschung betreibt. Zusätzlich hat die Bundesregierung eine Klima- und Transformationsoffensive gestartet. Durch die Aufstockung der verfügbaren Fördermittel für Industriebetriebe gelingt es der Bundesregierung, die österreichische Industrie hin zu klimaneutralen Produktionsprozessen zu leiten und dabei die nötige Planungssicherheit für diese Unternehmen zu gewährleisten.

Mit der Förderung umweltfreundlicher Produktionsprozesse kann einerseits die Wertschöpfung in Österreich gestärkt und gleichzeitig die Unabhängigkeit von fossilen Energieimporteuren, wie Russland, gefördert werden. Das konkrete Förderpaket sieht bis zum Jahr 2030 einen Rahmen von rund € 5,7 Milliarden vor. Damit kann den Unternehmen eine langfristige Perspektive zur Tätigkeit neuer, nachhaltiger Investitionen gegeben werden. Gleichzeitig wird ein Anreiz geschaffen, klimafreundliche Produktionsanlagen zu verwenden, um zu mehr Effizienz und einem damit einhergehenden geringeren Energieverbrauch zu gelangen. Speziell unterstützt werden jene Bereiche der Forschungs- und Technologieentwicklung, um einen Anreiz zur Entwicklung nachhaltiger Technologien zu geben. Aber auch mit Hilfe von Modernisierung und Digitalisierung können wichtige zum Klimaschutz beitragende Schritte gesetzt werden. Dazu gibt es eine Standort- und Investitionsförderung, die Unternehmen dabei unterstützen soll, notwendige Veränderungen in der Produktion vorzunehmen.

Ein besonders wichtiger Faktor zur Entwicklung sind qualifizierte Arbeitskräfte. Die umfassende Weiterbildung dieser Stakeholder in Bereichen der Forschung und Technologieentwicklung stellt einen zentralen Faktor zur Transformation in eine klimafreundliche Industrie dar. Ziel des gesetzlich verankerten Pakets ist, dass Österreich den Umstieg auf eine klimaneutrale Produktion schaffen und damit einhergehend die Abhängigkeit fossiler Energielieferanten beenden kann.

SOMMER DER ZUVERSICHT.



Als ich das Amt des Generalsekretärs der Volkspartei übernommen habe, wurde viel darüber gesprochen, in welch schwierigen Zeiten sich unser Land und auch die Volkspartei befindet. Die Herausforderungen waren damals wie heute groß. Der Krieg in der Ukraine, die Teuerung, die Flüchtlingskrise und der Klimawandel erfordern Antworten der Politik, die es einer Regierungspartei nicht einfach machen. Denn, wie die anderen nur Probleme aufzuzeigen und zu streiten, ist für uns als Kanzlerpartei zu wenig. Und auch in das Konzert des allgegenwärtigen Populismus einzufallen, ist keine Option. Schöne Worte, die am Ende nicht umsetzbar sind, erhöhen letztlich nur das Gefühl der Wählerinnen und Wähler, dass sie nicht ernst genommen werden, ohne dass es zu Verbesserungen kommt.

Mein Zugang, Politik zu machen, ist jedenfalls ein anderer. Besonnenheit, nachdenken, bevor man etwas sagt, aber auch klar Kante zeigen ist die Art von Politik, wie ich sie verstehe. Mein Ziel ist es, die Volkspartei bei den nächsten Nationalratswahlen wieder zur stimmenstärksten Partei zu machen, damit Bundeskanzler Karl Nehammer die erfolgreiche Regierungsarbeit fortsetzen kann. Dass es als Volkspartei sehr wohl noch gelingen kann, Wählerinnen und Wähler zu

gewinnen, hat uns die Landtagswahl in Kärnten gezeigt – ein traditionell schwieriges Pflaster für die Volkspartei. Es gilt: Arbeiten, arbeiten, arbeiten und sich nicht von äußeren Faktoren ablenken lassen.

Besonders in Hinblick auf junge Menschen ist es wichtig, ihnen Perspektiven für ihr Leben sowie die Möglichkeiten, an der Politik teilzuhaben und Verantwortung zu übernehmen, zu geben. Ich orte einen starken Drang zur Mitgestaltung, und das ist gut, wichtig und richtig. Aber Mitgestalten tut man nicht in Form von Ankleben und Zerstören, sondern in Form von Dialog. Dieser Dialog muss gefördert werden und es ist unser aller Aufgabe, dass die Anliegen der Jugend gehört, verstanden und umgesetzt werden. Gerade die Junge Volkspartei kann die Anliegen von jungen Menschen am besten vertreten. Mit Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm habt ihr eine starke Vertretung in der Bundesregierung. Diesen Draht gilt es zu nutzen, damit wir junge Menschen von den Ideen der Volkspartei begeistern können.

Wenn ich von Ideen der Volkspartei spreche, dann möchte ich auch einen Grundsatz festhalten: Die Volkspartei ist die Europa-Partei in Österreich. Wir bekennen uns zu einem geeinten

Europa, zu den Werten der Union und zu einer starken Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern. Aber um die Europäische Union voranzubringen, muss man auch die Probleme aufzeigen. Und Fakt ist, dass in einigen Bereichen innerhalb der Europäischen Union vieles falsch läuft. Ich bin oft verwundert, wenn behauptet wird, Österreich würde sich gegen die Europäische Union stellen, weil wir von unserem Mitspracherecht in Brüssel Gebrauch machen und nicht allem zustimmen, egal ob sinnvoll oder nicht. Ich glaube, wir brauchen eine ehrliche Debatte über die Europäische Union, ohne den Grundsatz zu vergessen, dass wir für ein starkes Österreich in einem geeinten Europa brennen. Gemeinsam werden wir es schaffen, die Europäische Union weiterzuentwickeln und ein starkes Europa nach außen und ein freies Europa nach innen sicherzustellen.

Zum Schluss möchte ich ‚Danke‘ sagen – danke, für euren Einsatz für die Volkspartei, danke, für euer Engagement. Die Junge Volkspartei ist ein wichtiger Teil für die Volkspartei, in euren Händen liegt unsere Zukunft.

Euer Christian Stocker
Abgeordneter zum Nationalrat
Generalsekretär der ÖVP

zukunftsreich.

„Land der Berge, Land am Strome, Land der Äcker, Land der Dome, Land der Hämmer, zukunftsreich.“

– mit diesen Worten beginnt die österreichische Bundeshymne. Diese Hymne vermittelt uns vieles, das Österreich ausmacht und dennoch hat sich manches auch verändert. Laptops ersetzen die Hämmer, selbst die Äcker und Strome sind angesichts von Trockenheit bei Rekordhitze keine Gewissheit mehr. Genau deshalb gilt es, das Lied Österreich weiterzuschreiben und dafür zu sorgen, dass Österreich auch zukunftsreich bleibt.

Als Junge ÖVP machen wir uns genau das zur Aufgabe. Denn auch in der Vergangenheit waren wir der Antrieb für wichtige und notwendige Entwicklungen in der österreichischen Politik. Wir haben von Anfang an klar benannt, dass Atomkraft keine nachhaltige, sondern eine riskante Energietechnologie ist. Wir waren die erste Teilorganisation der Volkspartei, die sich für den EU-Beitritt aussprach. Wir haben in den letzten Jahren Verbesserungen für junge Menschen vorangetrieben, wie die Erhöhung der Vergütung für Zivil- und Grundwehrdiener, die erstmalige Erhöhung der Bundesjugendförderung, den digitalen Führerschein, oder die Abschaffung der kalten Progression. Das sind nur einige Beispiele, gut 20 Forderungen aus dem Leitantrag 2021 konnten wir zur Umsetzung bringen.

Nun gilt es, nach vorne zu schauen. Wir wollen zusammen die besten Ideen für Österreich finden, denn die Herausforderungen und Anforderungen ändern sich und verlangen nach neuen Lösungen. Künstliche Intelligenz wie bei Chat-GPT waren vor wenigen Jahren noch ein Zukunftsthema, heute ist sie Teil des Alltags und auch Anlass großer Diskussion. Wie damit umgehen und was wird sich verändern? Wir haben den Anspruch, auf diese und ähnliche Fragen Antworten zu finden und uns für

diese auch stark zu machen.

Dafür werden wir in den kommenden Sommermonaten vom Burgenland bis nach Vorarlberg unterwegs sein und Jung und Alt fragen, was anders laufen müsste, damit es besser läuft. Gleichzeitig werden wir in Gesprächsrunden die bestehenden Positionen der Jungen ÖVP prüfen und hinterfragen. Die Erkenntnisse daraus wollen wir dann gemeinsam mit JVP Mitgliedern aus ganz Österreich ausarbeiten und im Herbst und Winter in den Leitantrag 2024 gießen, unsere inhaltlichen Leitlinien für die nächsten Jahre.

Arbeiten wir gemeinsam daran, dass Österreich auch morgen noch zukunftsreich ist und dass wir jungen Anliegen eine starke Stimme geben!

BRING AUCH DU DICH EIN UND SCHICK UNS DEINE IDEE(N) FÜR DAS ÖSTERREICH VON MORGEN!



Zukunft ist, was wir heute für morgen machen.

Gerade als Junge ÖVP ist es genau unsere Aufgabe, sich mit der Gestaltung unserer Zukunft auseinanderzusetzen und Tempo für junge Themen zu machen. Als Junge ÖVP gestalten wir mit: In unseren Gemeinden, im Land, im Bund und auch in Europa – denn wir wollen etwas bewegen!

Seit nun einem halben Jahr im Amt des Generalsekretärs der Jungen ÖVP tätig, durfte ich bereits einen Teil dieses Weges in die Zukunft mitgehen und die Arbeit unserer Bundesobfrau und Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm unterstützen. Seien es ein umfassendes Ehrenamtspaket oder die Anrechnung des Zivildienstes auf die Pflegelehre: In den letzten Monaten konnten wir viel weiterbringen. Aber eines ist klar: Es liegt noch viel vor uns.

So wie die Arbeit der Bundesregierung in den letzten Monaten weitergegangen ist, so hat sich auch in der Jungen ÖVP einiges getan. Wir haben unsere (social) mediale Präsenz ausgebaut, einen Merchandise-Shop auf die Beine gestellt. Besonders im Bereich Klima- und Umweltschutz konnten wir einiges bewegen und mit zwei Initiativen starken Fokus setzen. Durch die gemeinsam mit dem Bauernbund gestaltete Kampagne #draufschAUT, konnten wir in der Fastenzeit die Bedeutung regionaler Lebensmittel von heimischen Landwirten hervorheben. Aber auch durch unsere Initiative „Anpacken statt Anpicken“, haben wir klar aufgezeigt, dass für uns als Junge ÖVP der Grundsatz Innovation statt Provokation gilt. Dafür danke ich von ganzem Herzen den zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützer, die sich mit uns für echten Klimaschutz ohne gefährlichen Klebe-Aktionismus eingesetzt haben.

Als Junge ÖVP sind wir mit 100.000 Mitgliedern die größte politische Jugendorganisation des Landes. In

den letzten Jahren seit Beschluss des Leitantrages 2021 konnten wir zahlreiche Forderungen daraus umsetzen, von der Pflegelehre, über den digitalen Führerschein, die Abschaffung der kalten Progression, der erstmaligen Erhöhung der Bundesjugendförderung, oder auch der größten Erhöhung des Entgelts für Zivil- und Grundwehrdiener aller Zeiten. Genau darauf wollen wir aufbauen. Denn Zukunft ist, was wir heute für morgen machen. Daher starten wir im Sommer unter dem Motto „zukunftsreich“ die Sammlung der besten Ideen für ein zukunftsreiches Österreich. Dazu werden wir in allen Bundesländern unterwegs sein und auch im digitalen Raum Meinungen und Ideen einholen, was in Österreich für die Zukunft passieren muss.

Ich wünsche euch allen einen schönen Sommer und ich würde mich sehr freuen, wenn ich den einen oder anderen von euch bei unserer „zukunftsreich.“-Tour sehe.



Dominik Berger
Generalsekretär der Jungen ÖVP



Interessiert an einem Praktikum im JVP-Büro?

Dann melde dich unter junge@oevp.at

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt: Junge ÖVP Österreich, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, Tel.: 0043 (1) 40126-444

ZVR: 274220752, Website: <https://junge.oevp.at/>, E-Mail: junge@oevp.at, Druck: druck.at

Fotocredits: Seite 1 JVP/Gsöls, Seite 2 JVP/Gsöls, Seite 5 & 6 JVP/Gsöls, Seite 8 shutterstock, Seite 9 bis 12 JVP, Seite 14 JVP/Gsöls, Seite 15 oecolutions, Seite 17 JVP, Seite 17 BKA/Dunker, Seite 18 BKA/Schrötter, Seite 19 & 23 JVP, Seite 25 Paul Gruber

